

Dr. Hubertus Knabe

Ansprache beim Festakt der Stadt Mülheim an der Ruhr „30 Jahre deutsche Einheit“ am 3. Oktober 2020

Anrede

Als ich vor mittlerweile 42 Jahren in Mülheim an der Karl-Ziegler-Schule Abitur gemacht habe, hätte ich mir niemals träumen lassen, hier einmal die Festrede zum Tag der Deutschen Einheit zu halten. Damals war mir nicht nur dieses Rathaus fremd – wir gaben eine alternative Zeitung, die „Freie Presse“, heraus, die den Anspruch hatte, über unveröffentlichte Missstände in der Stadt zu berichten. Völlig unvorstellbar wäre mir aber vor allem erschienen, dass sich die DDR und die Bundesrepublik jemals vereinen würden – und nun schon seit 30 Jahren ein friedliches, demokratisches Deutschland bilden.

Ich hätte mir damals auch nicht träumen lassen dass ich einmal DDR- oder Stasi-Experte werden würde und schon gar nicht, dass ich fast zwei Jahrzehnte im zentralen Stasi-Gefängnis von Berlin arbeiten würde – nicht als Wärter oder Vernehmer, sondern als Direktor einer Gedenkstätte, der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Ich erinnere mich noch, wie 1977, als ich in Mülheim zur Schule ging, in der DDR ein Mann verhaftet wurde, weil er ein Buch „Die Alternative“ geschrieben hatte – eine Alternative zum Regime der SED. Er hieß Rudolf Bahro und war in eben jenem Berliner Stasi-Gefängnis in Haft, in dem ich später arbeitete. Oft habe ich daran denken müssen, wie leicht ich dort ebenfalls hätte landen können, da ich sein in der DDR verbotenes Buch immer wieder über die Grenze schmuggelte und – als ich zu studieren begann – ein Komitee für seine Freilassung mitgründete. 1979, zum 30. Jahrestag der DDR kam Bahro schließlich frei, während ich ein jahrelanges Einreiseverbot erhielt.

Nur 10 Jahre später begannen in der DDR die Proteste – zuerst einzelner Menschen, dann wurden es immer mehr und schließlich große Massen, die die SED-Diktatur am Ende wie ein Kartenhaus zusammenstürzen ließen. Während ich die DDR nicht mehr betreten durfte, war es mein Vater Wilhelm Knabe – dem einen oder anderen aus seiner Zeit als Bürgermeister hier bekannt –, der in dieser Zeit mehrfach Materialien und sogar eine ganze Druckmaschine nach Ost-Berlin brachte, um die kleine DDR-Opposition zu unterstützen. Weil er als Bundestagsabgeordneter einen Diplomatenpass hatte, wurde er an der Grenze nicht kontrolliert.

Als ich in der vergangenen Woche einen Text über die Ablehnung der Wiedervereinigung durch die Grünen schrieb, bin ich auf eine Erklärung gestoßen, die mein Vater am 20. September 1989 im Bundestag abgegeben hat. An diesem Tag wurde dort über den Einigungsvertrag abgestimmt und seine Fraktion hatte beschlossen, geschlossen gegen den Vertrag zu stimmen. Nur er – und zwei weitere grüne Abgeordnete – stimmten dafür. Er sagte damals im Bundestag:

„Die Mehrheit ist zwar gesichert, aber ich will mich nicht hinter einer Mehrheit von CDU oder SPD verstecken, ich muss selbst entscheiden. Ich möchte meinen Verwandten in

der DDR und meiner Frau, mit der ich geflüchtet bin, noch in die Augen sehen können. Ich weine diesem Staat der DDR keine Träne nach. Er hat die Chance eines humanen Sozialismus kläglich verspielt. Er hat mich jahrzehntelang bespitzelt, von Mutter und Geschwistern 13 Jahre lang getrennt, meinen Neffen und Nichten die Oberschule verweigert, den Kommilitonen die Karriere verbaut. Nein, dieser Staat hat seine Chance verspielt, seine Zeit ist abgelaufen. Aber nur dann, wenn das Parlament dem Einigungsvertrag heute zustimmt.“

Es hat, wie wir alle wissen, dem Einigungsvertrag mit überwältigender Mehrheit zugestimmt und ich bin sehr dankbar, dass mein Vater die Deutsche Einheit noch so lange erleben durfte.

Aber ich bin nicht hier, um persönlichen Erinnerungen nachzuhängen, sondern um einige Gedanken vorzutragen, was wir aus dieser, unserer Geschichte lernen können.

Geschichte steht nie still

Das Erste, was man daraus lernen kann, ist im Grunde genommen banal: Geschichte steht nicht still, sondern ist immer in Bewegung. Weder das sogenannte Tausendjährige Reich währte ewig noch das Regime „des größten Menschen unserer Epoche“, wie Josef Stalin in der DDR genannt wurde. Ob Putin oder der chinesische Parteichef Xi, ob Lukaschenko oder Erdogan – sie alle werden irgendwann diese Welt verlassen und auch ihre Regime werden verschwinden.

Der Schriftsteller Bertolt Brecht hat über diesen unaufhaltsamen Wandel schon 1943 im amerikanischen Exil einen wunderbaren Mutmacher verfasst, den Hanns Eisler später vertont hat:

„Am Grunde der Moldau wandern die Steine
Es liegen drei Kaiser begraben in Prag.
Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine.
Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.

Es wechseln die Zeiten. Die riesigen Pläne
Der Mächtigen kommen am Ende zum Halt.
Und gehn sie einher auch wie blutige Hähne
Es wechseln die Zeiten, da hilft kein Gewalt.“

Der Fall der Berliner Mauer und die Wiedervereinigung Deutschlands sind ein wunderbares Beispiel dafür, dass ein scheinbar für die Ewigkeit geschaffenes Regime mit friedlichen Mitteln zu Fall gebracht werden kann. Allen, die dieses Ereignis mit erlebt haben, wird es immer Kraft und Hoffnung geben, dass Diktaturen überwindbar sind. „Es wechseln die Zeiten, da hilft kein Gewalt.“

Doch leider bewegt sich Geschichte auch in die andere Richtung. Wie aus einer Demokratie eine Diktatur wird, haben wir Deutschen in den frühen dreißiger Jahren

erlebt. Der kalte Massenmord an Juden, Roma und Sinti, Regimegegnern und Behinderten sowie die deutschen Verbrechen während des 2. Weltkrieges können niemanden kalt lassen. Was mich als Historiker jedoch fast noch mehr erschrocken hat, war, wie Deutschland gleichsam rechtsförmig von der Demokratie zur Diktatur herübergewachsen ist. In Victor Klemperers Tagebuch kann man das fast Tag für Tag nachvollziehen. Diese frühen dreißiger Jahre zeigen, dass auch die Demokratie keine historische Sicherheitsgarantie hat und dass es ungleich schwerer ist, eine einmal etablierte Diktatur wieder zu beseitigen, als ihr vorher entschlossen entgegenzutreten.

Wenn wir nun zurückblicken auf die vergangenen 30 Jahre muss man leider feststellen, dass die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik nicht sicherer geworden ist, eher das Gegenteil. Vieles von dem, was uns 1990 selbstverständlich erschien, ist brüchig geworden: die Gemeinschaft mit den europäischen Nachbarn; die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, die Partnerschaft mit Russland, das sich damals auf den Weg zur Demokratie zu begeben schien; die Einsicht, dass Sozialismus und Staatswirtschaft keine Alternativen zu Demokratie und Marktwirtschaft sind, weil sie in wirtschaftlichem Niedergang und in Unfreiheit enden. Während ich in den frühen neunziger Jahren fest von der optimistischen Variante historischer Entwicklung überzeugt war, also vom Siegeszug der Demokratie, bin ich in den letzten Jahren sehr viel skeptischer geworden.

Gegen das Vergessen

Deshalb ist für mich eine zweite Lehre der Geschichte, dass es äußerst wichtig ist, sich gerade mit den diktatorischen Epochen der Vergangenheit zu beschäftigen. Nicht um sich, wie man heute manchmal den Eindruck hat, auf billige Weise über das scheinbare Versagen der Väter und Großväter (und -mütter) zu erheben, sondern um sensibel dafür zu werden, was passiert, wenn die Prinzipien einer freien Gesellschaft verletzt werden. Und zwar nicht nur durch andere, sondern auch durch eigene Intoleranz, durch eigene Anpassung oder durch eigenes Nicht-Hinterfragen vorgegebener Antworten.

Der frühere Bundespräsident Joachim Gauck hat einmal gesagt, die Stasi-Akten seien eine „Apotheke gegen die Diktatur“. So einfach ist es leider nicht, dass man nur ein paar Stasi-Akten lesen muss und dann gegen Diktaturen immun ist. Aber der Schriftsteller Milan Kundera hat Recht, wenn er schreibt: „Der Kampf des Menschen gegen die Macht ist der Kampf des Gedächtnisses gegen das Vergessen.“

Dass es um diesen „Kampf des Gedächtnisses gegen das Vergessen“ nicht zum Besten steht, weiß jeder, der seine Kinder oder Enkel fragt, warum Deutschland eigentlich einmal geteilt war und warum die Menschen damals in Scharen aus der DDR geflohen sind – so wie auch meine Eltern. Die meisten jungen Menschen wissen keine Antwort darauf. Und sie können nicht einmal etwas dafür, da es unsere Aufgabe wäre, ihnen dieses Wissen mitzugeben.

Doch es kommt noch schlimmer: Es gibt wohl keine andere Diktatur in der Welt, über die in Deutschland so viele Wohlwollendes zu hören und zu lesen ist wie die DDR. Ich will hier gar nicht versuchen, die lange Liste von Mythen aufzuzählen – von der

angeblichen Gleichberechtigung der Frau im Sozialismus bis zum vermeintlich überlegenen Gesundheitssystem. Nur so viel: Im Politbüro der SED gab es nur eine einzige Frau und die hatte kein Stimmrecht. Und DDR-Bürger starben im Schnitt drei Jahre früher als Westdeutsche, weil es überall an modernen medizinischen Geräten und Medikamenten mangelte. Kein Verständnis habe ich allerdings, wenn führende Politiker – vor allem aus den Reihen der Linkspartei, aber auch der SPD und in abgemilderter Form neuerdings auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble – wenn führende Politiker in auffälliger Regelmäßigkeit behaupten, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen. Um sich davon zu überzeugen, genügt ein einziger Besuch im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen.

Der Wert der Freiheit

Zu den Lehren aus der Vergangenheit gehört aber nicht nur historisches Wissen, sondern auch ein Bewusstsein über den Wert der Freiheit, die den Ostdeutschen so lange vorenthalten wurde. In der DDR war es Staatsdoktrin, dass sich der einzelne dem Kollektiv unterordnen müsse. Das begann schon in der Krippe und im Kindergarten, wie es die Psychoanalytikerin Agathe Israel so beklemmend beschrieben hat. Auf individuelle Bedürfnisse wurde dort kaum Rücksicht genommen, weil der Tagesablauf einem zentralen Plan zu folgen hatte. Mit wachsendem Alter kam die politische Indoktrination hinzu. Es ging um die „Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit“, wie es in der DDR-Propagandasprache hieß.

Diese Anmaßung des Staates oder genauer: des SED-Politbüros setzte sich in der Schule und im Erwachsenenleben fort. Das Recht auf freie Meinungsäußerung stand zwar in der Verfassung, doch in der Praxis wurde in der DDR nur eine einzige Meinung zugelassen – nämlich die der Staats- und Parteiführung. Sogar innerhalb der SED herrschte das sogenannte Fraktionsverbot, das heißt, abweichende Meinungen waren auch dort verboten.

Aber nicht nur das. Auch die Berufswahl wurde in der DDR vom Staat bestimmt, der Studienplatz staatlich zugeteilt, eine Wohnung gab es nur über die staatliche Wohnraumvergabe. Und kaum jemand konnte sich dem Druck, einer sozialistischen Massenorganisation beizutreten, entziehen. Im harmlosesten Fall wurde man Mitglied der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Doch wer in der DDR Abitur machen wollte, kam auch um den kommunistischen Jugendverband FDJ nicht herum. Rund zwei der 16 Millionen Ostdeutschen waren sogar Mitglied der SED.

Doch in der DDR gab es auch keine wirtschaftliche Freiheit – was mich zu einer weiteren Lehre aus der Geschichte führt. Etwa 98 Prozent des Produktivvermögens in der DDR waren in staatlicher Hand. Eine private Landwirtschaft oder einen privaten Wohnungsbau gab es nicht. Die ganz wenigen selbständigen Handwerker oder Ladenbesitzer hatten einen extrem schweren Stand. Die Folgen dieser Staatsökonomie waren Mangelwirtschaft, Bürokratismus, Verschwendung, Innovationsträgheit, mangelnde Produktivität und schließlich eine wachsende Verschuldung, die zum Staatsbankrott führte. Die Vorstellung, man 1990 hätte in der DDR noch eine Weile mit

einem reformierten Sozialismus herumexperimentieren können, zeugt entweder von Naivität oder von Realitätsverlust. Der Staat der DDR war am Ende.

Die Staatswirtschaft erzog die Menschen aber auch zur „sozialistischen Verantwortungslosigkeit,“ wie es osteuropäische Dissidenten nannten, also zur Gleichgültigkeit gegenüber der eigenen Arbeit und zu einer Haltung, zuerst an sich selbst zu denken. Die Parole von SED-Chef Erich Honecker "Aus unseren Betrieben ist noch viel mehr rauszuholen!" wurde vielfach wörtlich genommen.

Die Weisheit des Grundgesetzes

Wie anders ist dagegen das Grundgesetz ausgerichtet! Gleich im ersten Artikel heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Und in Artikel 2 wird versichert: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit.“ Und schließlich der wunderbare Artikel 5, der in schnörkellosem Deutsch bestimmt: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten.“

Zur Weisheit des Grundgesetzes gehört aber nicht nur die politische Freiheit. Auch das Recht, „Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen“ (Artikel 12), ist dort verankert. Und in Artikel 14 heißt es: „Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet.“

Gerade dieser Punkt wird in den politischen Debatten oft unterschätzt. Eigentum befreit nicht nur von ökonomischer Abhängigkeit. Es ist auch eine ungeheuer wichtige Triebkraft für Innovation und Produktivität. Während im Sozialismus die Menschen im Grunde zu Lohnsklaven des Staates degradiert werden, können sie sich in der Marktwirtschaft durch wirtschaftliche Aktivitäten, durch Produktion, Handel oder Dienstleistungen, selbst verwirklichen. Nur durch diese Freiheit ist die Bundesrepublik zu einem der wohlhabendsten Länder dieser Welt geworden.

Angst vor der Freiheit

Doch wie steht es nun um das Bewusstsein für den Wert der Freiheit? Schon immer gab es in Deutschland einen hohen Anteil von Menschen, die in Umfragen der Sicherheit Vorrang vor der Freiheit gaben, im Osten noch stärker als im Westen. Seit 2015 hat der Wert der Freiheit weiter stark an Zustimmung verloren. Vor die Alternative gestellt, sich zwischen möglichst großer Sicherheit oder persönlicher Freiheit zu entscheiden, gaben 2017 53 Prozent der Sicherheit und nur 34 Prozent der Freiheit den Vorzug. Im Zuge der Corona-Pandemie erhöhte sich der Anteil der auf Sicherheit Bedachten auf 79 Prozent.

Das Umfrageinstitut Allensbach warnte deshalb bereits davor, dass diese auf Angst fußende Reaktion für Regierungen auch eine Versuchung sein könnte: „Theoretisch muss man eine tatsächliche oder auch nur angenommene Gefahr nur stark genug

ausmalen: eine drohende Klimakatastrophe, eine riesige Einwanderungswelle, gewaltige soziale Verwerfungen – scheint die Bedrohung groß genug, sind viele bereit, ihre Grundrechte zurückzustellen.“

Meine Damen und Herren, lassen wir uns nicht von der Angst steuern!

Allensbach stieß in seinen Umfragen aber noch auf einen Befund: Eine wachsende Zahl von Menschen in Deutschland hat offensichtlich auch Angst, offen ihre Meinung zu sagen. Bereits im November 2015 hatten 45 Prozent der Befragten den Eindruck, man müsse vorsichtig sein, sich zur Flüchtlingsfrage zu äußern. Im Mai 2019 hatten bereits zwei Drittel der Befragten das Gefühl, man müsse im öffentlichen Raum „sehr aufpassen“, was man sage. Sogar in privaten Gesprächen verordneten sich viele Menschen Vorsicht bei politischen Diskussionen.

Diese Befunde haben mich zutiefst erschrocken. Denn der freie Meinungs austausch, das Pro und Contra und auch der polemische Schlagabtausch sind das Lebenselixier einer freien Gesellschaft – für mich eine weitere Lehre aus der Geschichte. Was nutzt das beste Grundgesetz, wenn offenbar andere Mechanismen dazu führen, dass die dort verankerten Rechte nicht genutzt werden?

In den sozialen Medien stößt man inzwischen sogar auf das Kürzel „DDR 2.0“, wenn von der Bundesrepublik die Rede ist. Ich halte das, zurückhaltend formuliert, für einen unangemessenen Vergleich. Wer das sagt, hat das alltägliche Gefühl der Angst vor dem eigenen Staat in der DDR nicht erlebt oder vergessen. Aber es besorgt mich sehr, wenn Andersdenkende nicht mehr als Gewinn, sondern als Bedrohung wahrgenommen werden, und wenn Menschen mit einer anderen Meinung herabgewürdigt oder sogar als Gefahr für die Gemeinschaft dargestellt werden.

Diese Ausgrenzung hat eine lange Tradition. Im Nationalsozialismus und in der Sowjetunion wurden bestimmte Personen oder Personengruppen als „Volksfeind“ bezeichnet – was einem Freibrief gleichkam, sie rücksichtslos zu verfolgen oder zu vernichten. Die Jakobiner beschlossen sogar ein spezielles Gesetz, das für die Bestrafung von „Volksfeinden“ nur die Hinrichtung vorsah. Auch Rechtsextremisten bezeichnen politische Gegner häufig als „Volksfeinde“. In der DDR wurde der Begriff „Volksfeind“ zwar seltener benutzt, doch das Wort „Klassenfeind“ erfüllte dieselbe Funktion. „Du machst Dir also den Standpunkt des Klassenfeindes zu eigen?“ lautete der Vorwurf, wenn jemand die Regierungspolitik hinterfragte. Machen wir uns dieses Denken nicht zu eigen!

Gegen den Kollektivismus

Denn das Denken in Kollektiven wie Volk oder Klasse – anstelle von Individuen – ist im Grunde vormodern. Gleichwohl erfreut es sich wieder einer wachsenden Beliebtheit: Links gegen Rechts, Ost gegen West, Arm gegen Reich – das Aufteilen der Gesellschaft in sich feindlich gegenüberstehende Großgruppen wird nicht nur der Wirklichkeit meist nicht gerecht, sondern reduziert tatsächliche Probleme auf ein simples Freund-/Feind-Schema, das Konflikte nicht löst, sondern verschärft. Auch das ist eine Lehre aus der Geschichte.

„Sag mir wo du stehst“, hieß ein berühmtes Agitationslied in der DDR. Die erste Strophe lautete:

„Zurück oder vorwärts, du musst dich entschließen.
Wir bringen die Zeit nach vorn Stück um Stück.
Du kannst nicht bei uns und bei ihnen genießen,
denn wenn du im Kreis gehst, dann bleibst du zurück.
Sag mir wo du stehst, sag mir wo du stehst,
sag mir wo du stehst und welchen Weg du gehst.“

Zum Glück sind die Zeiten vorbei, in denen man sich zu einem Staat oder einer Partei bekennen muss. Aber der Zwang, sich zu erklären, ob man zu „uns“ oder zu „ihnen“ gehört, hat auch bei uns zugenommen. Das Land Berlin hat gerade seine neue Imagekampagne vorgestellt. Der Slogan lautete: „Vom ich zum wir“. Erst als herauskam, dass die SED die Parole einst genutzt hatte, um die selbständigen Bauern in die LPG zu drängen, nahm man davon Abstand. Der Zwang, sich einzureihen, ist es, der viele Menschen lieber verstummen lässt, bevor sie etwas Falsches sagen.

Die Rolle der Medien

Eine bedeutende Rolle bei dieser sozialen Kontrolle spielen die Medien, die – direkt oder indirekt – in zunehmender Weise Meinungen und Haltungen statt Informationen transportieren. Bei manchen Journalisten hat man sogar den Eindruck, sie sehen ihre Rolle vor allem darin, die Politik der Regierung zu verteidigen statt diese kritisch zu hinterfragen.

Viele Ostdeutsche erinnert das an die Vergangenheit, als die Zeitungen nur zum Anfeuern des Kohleofens zu gebrauchen war. „Was liegt auf der Treppe und lügt?“, begann ein DDR-Witz zum Thema Medien. „Antwort: Das Neue Deutschland“ – also das Zentralorgan der SED. Einige Redakteure sehen offenbar nicht, dass sie sich mit dem Hang zur Belehrung selbst am meisten schaden, weil sie das wichtigste Kapital eines Journalisten verspielen: Glaubwürdigkeit. Der Vertrauensverlust der Medien und die massenhafte Abwanderung in Informationsquellen im Internet sind jedenfalls unübersehbar. Und sie bedeuten auch eine Gefahr für die Demokratie, weil es – wie man unter anderem in den USA sehen kann – am Ende gar keine Wahrheit mehr gibt und die demokratischen Institutionen ihre Glaubwürdigkeit gleich mit verlieren.

Für die soziale Marktwirtschaft

Ein letzter Gedanke: Auch das Bewusstsein für die Bedeutung der wirtschaftlichen Freiheit, also für die soziale Marktwirtschaft, scheint zu erodieren. Wenn junge Leute auf die Straße gehen, um gegen den Klimawandel zu protestieren, und dabei Plakate

tragen wie: „Capitalism kills“ oder „System change, not Climate Change“, dann zeugt das vor allem davon, dass sie sehr wenig wissen.

Einer der größten Klimakiller der Welt war nämlich ein Land, das den Kapitalismus abgeschafft hatte – die DDR. Mit bis zu 21 Tonnen jährlich lag sie beim Pro-Kopf-Ausstoß Ende der 1980er Jahre noch vor den USA. Als 1990 die Marktwirtschaft Einzug hielt, verringerten sich die CO²-Emissionen um die Hälfte. Auch bei den anderen, für den Menschen viel gefährlicheren Umweltgiften ging der Ausstoß massiv zurück. So merkwürdig es klingt: Die Friedliche Revolution und die Wiedervereinigung waren der mit Abstand größte Beitrag zum Umweltschutz in Deutschland.

Auch bei anderen tagespolitischen Debatten hat man zuweilen den Eindruck, dass der Zusammenhang zwischen Freiheit und Wohlstand aus den Augen gerät. Ohne Wettbewerb, Konkurrenz und die vielfältigen Initiativen von Unternehmern und Unternehmen könnte Deutschland im globalen Wettbewerb niemals bestehen.

In Berlin werden diese Lehren aus der Geschichte jedoch zunehmend in den Wind geschlagen. Die Mieten wurden unlängst durch ein rechtlich fragwürdiges Gesetz staatlich festgelegt. Die Folge war, dass das Angebot an Mietwohnungen um die Hälfte sank und kaum mehr jemand in den Erhalt der Wohnungen investiert. Im nächsten Jahr soll es sogar ein Volksbegehren geben, um private Wohnungsunternehmen zu enteignen, was die Investoren erst recht abschreckt.

Die Vorstellung, der Staat könne die Bedürfnisse der Menschen am besten befriedigen, ist eine Illusion und in der DDR grandios gescheitert. Schon 1977 hatte eine Studie des Zentralkomitees der SED berechnet, dass etwa 1,2 Millionen Wohnungen aufgrund der staatlichen Einheitsmiete so verfallen waren, dass sie abgerissen werden müssten. Dabei würde mehr Schutt entstehen als durch den gesamten Zweiten Weltkrieg. Wer in den frühen neunziger Jahren in Ostdeutschland war, weiß wie verfallen die Städte aussahen.

Ich weiß, die Marktwirtschaft ist nicht perfekt, Krisen gehören zu ihrem Wesen. Auch Demokratie ist anstrengend und oftmals langweilig. Aber Staatswirtschaft und Diktatur sind keine Alternativen, weil sie dem wichtigsten Wesenszug des Menschen entgegenlaufen – dem Streben nach Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung. Die Geschichte hat gezeigt, dass Sozialpartnerschaft und parlamentarische Demokratie nicht nur das friedlichere, sondern auch das erfolgreichere Gegenmodell zum Klassenkampf sind.

Insofern ist der 30. Jahrestag der Deutschen Einheit eine gute Gelegenheit, innezuhalten, auf die Vergangenheit zurückzuschauen – und sich dankbar zu zeigen für das große Glück der Deutschen, dass sie die Teilung ihres Landes friedlich überwinden konnten. Wir können auch ein bisschen stolz sein, dass wir in diesem blutigen 20. Jahrhundert eine Sache wirklich ziemlich gut hinbekommen haben: die sozialistische

Diktatur in Ostdeutschland ohne Blutvergießen zu stürzen und uns anschließend im Einverständnis mit der Welt zu vereinen. Lassen Sie uns aus dieser Chance, die uns aus dieser Geschichte erwachsen ist, etwas Gutes machen!